

»Alles tun, um das Soziale zu halten«

Drei Hurrikans und die Weltwirtschaftskrise trafen Kuba hart: Zur Lage und zu Auswegen. Ein Interview mit Juan Carlos Marsán Aguilera, Havanna

Interview: Johannes Schulten

Johannes Schulten absolviert ein Redaktionsvolontariat bei der jungen Welt

»Die Vereinigten Staaten haben die Blockade verschärft. Sie haben das Torricelli- (1992) und das Helms-Burton-Gesetz (1996) verabschiedet, beides Gesetze von extraterritorialem Charakter. Unsere Märkte und unsere wichtigsten Zulieferquellen verschwanden abrupt. Der Kalorien- und Eiweißverbrauch sank fast um die Hälfte. Das Land hat standgehalten und ist auf sozialem Gebiet beträchtlich vorangekommen. Heute haben wir einen Großteil unseres Nahrungsmittelbedarfs zurückgewonnen und auch auf anderen Gebieten Fortschritte gemacht. Sogar unter diesen schwierigen Bedingungen haben die über Jahre hinweg geleistete Arbeit und das geschaffene Bewußtsein ein Wunder vollbracht.«

(Fidel Castro im Gespräch mit Ignacio Ramonet)

Juan Carlos Marsán Aguilera, Havanna, ist Europa-Koordinator des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas

Kuba erlebt harte Zeiten. Den schweren Schäden in Milliardenhöhe, die die Hurrikans im vergangenen Sommer anrichteten, folgte die Weltwirtschaftskrise. Wie steht Kuba konkret da?

In der Tat rasten im August und September 2008 drei Hurrikans der schwersten Kategorien innerhalb von 30 Tagen über unser Land und richteten Schäden in Höhe von über zehn Milliarden Dollar an. Das entspricht etwa einem Fünftel des kubanischen Bruttoinlandprodukts. Dann traf die Weltfinanzkrise nicht zuletzt die Länder der Dritten Welt hart. Die Preise für Rohstoffe fielen um durchschnittlich dreißig Prozent in den vergangenen sechs Monaten. Auch die Kreditbedingungen werden immer schwieriger, und ausländische Investitionen nehmen ab.

Zudem mußten wir in den vergangenen Jahren, bedingt durch internationale Entwicklungen, wesentlich mehr Geld für importierte Lebensmittel ebenso wie für Treibstoffe aufbringen. Folglich mußte Kuba, um die gleiche Menge wie zuvor zu importieren, Hunderte Millionen Dollar ausgeben.

Konnten Sie das Geld überhaupt aufbringen?

Die Hauptlast sowohl der Zerstörung durch die Naturgewalten als auch des Wiederaufbaus hat das kubanische Volk getragen. Zunächst durch Eigenarbeit. So wurde zum Beispiel das Kommunikationssystem zerstört. Das haben wir praktisch ohne fremde Hilfe instand gesetzt. Anderswo war es wesentlich schwieriger, und bei der Rekonstruktion zerstörter Gebäude gibt es noch allerhand zu tun. Das heißt, auch die Wohnsituation ist für viele Betroffene immer noch kompliziert.

Gab es internationale Unterstützung, beispielsweise von der Europäischen Union?

Wir erhielten von der EU-Kommission eine Hilfe, die wir zumeist zur Reparatur von Häusern verwendet haben. Ein anderes Programm aus Brüssel kam der Trinkwasserversorgung sowie der lokalen Lebensmittelproduktion zugute. Insgesamt erhielten wir einige Millionen Euro von der EU. Erwähnen möchte ich aber an dieser Stelle unbedingt die Solidarität, die wir von nichtstaatlichen Organisationen, Gruppen, Freunden erfuhren.

Welchen Stellenwert nehmen die Handelsbeziehungen zur EU grundsätzlich ein?

Europa war für uns auch in der Vergangenheit schon ein wichtiger Wirtschaftspartner. Bis zu 30 Prozent des kubanischen Außenhandels fielen zwischenzeitlich auf die EU. Momentan realisieren wir 25 Prozent. Aus den Ländern der EU kommen mehr als 40 Prozent der Touristen, die Kuba besuchen, etwa eine Million jedes Jahr. Viele europäische Unternehmen sind im Land präsent.

Der Tourismus ist eine von Kubas Haupteinnahmequellen. Wie wirkt sich die Weltfinanzkrise auf diesen Bereich aus?



Juan Carlos Marsán Aguilera

Quantitativ bisher noch nicht bedeutend. Wir haben das erste Quartal von 2009 abgerechnet. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Zahlen praktisch konstant geblieben. Trotzdem sind negative Auswirkungen der Krise absehbar. Zum einen liegt auf der Hand, daß viele Menschen, die jetzt reisen, ihren Urlaub schon vor längerer Zeit, als noch nichts von der Krise zu spüren war, gebucht haben. Inzwischen kalkulieren manche Kuba-Urlauber wesentlich genauer als früher. Sie geben weniger Geld für Dienstleistungen aus, die nicht in ihrem Pauschalurlaub enthalten sind. Das wirkt sich schon jetzt auf die Einnahmen aus. Wir entwickeln natürlich Strategien, um mit dieser Realität umzugehen. Die Qualität der Dienstleistungen wird erhöht, ebenso die Zahl der Länder, aus denen Touristen zu uns kommen. Die Werbung für Kuba als Urlaubsziel wird mehr Menschen als bisher erreichen.

Kuba ist der zweitgrößte Nickelförderer weltweit, doch die Einnahmen brachen jüngst dramatisch ein – Sie haben die sinkenden Weltmarktpreise bereits erwähnt. Was ist zu tun?

Der Nickelpreis ist um über 70 Prozent gesunken. Im Jahr 2007 bekamen wir durchschnittlich 45 000 Dollar für die Tonne, heute sind es zwischen 12 000 und 13000. 2007 war der Nicketransport unsere wichtigste Einnahmequelle, heute ist er die zweitwichtigste. Was wir tun können? Erstens unternehmen wir alles, um die Sozialleistungen aufrechtzuerhalten. Das hat oberste Priorität. Dann versuchen wir, uns wirtschaftlich breiter aufzustellen, damit wir nicht zu stark vom Rohstoffexport abhängen. In der Vergangenheit konnten einige Sektoren

entwickelt werden, die heute beachtliche Einnahmen erbringen. Die Medikamentenindustrie beispielsweise, die Biotechnologie. Wir haben auch Programme im Bereich der Informatik entwickelt und exportieren Softwareprodukte in andere Länder Lateinamerikas. Da müssen wir weiter knobeln.

Kommen wir auf die Beziehungen mit Europa zurück. Die EU-Ministerkonferenz hat im Juni 2008 die seit 2003 bestehenden Sanktionen gegen Kuba aufgehoben. Was hat sich seitdem getan?

Die Beziehungen waren schon immer von Unstimmigkeiten in bestimmten Punkten geprägt. So im Jahr 1996 im Anschluß an die Verabschiedung des Helms-Burton-Gesetzes, das die USA ermächtigt, Sanktionen gegen Drittländer wegen deren Handel mit Kuba zu belegen. Im Dezember dieses Jahres verschärfte Brüssel seine bisherige Kuba-Politik. Als »Gemeinsamer Standpunkt« wurde ein Systemwechsel in Kuba zum Ziel europäischer Politik erklärt. 2003 wurde diese Position noch einmal verschärft. Für Kuba war das inakzeptabel.

Die Folgezeit prägten zwei wesentliche Punkte. Erstens standen wir in klarer Opposition zu dieser EU-Position. Und zweitens wechselte in Spanien die Regierungsgewalt von den Konservativen zur Sozialistischen Partei. Beide Faktoren trugen entscheidend dazu bei, daß die Sanktionen 2005 zunächst ausgesetzt und schließlich im Juni des Jahre 2008 definitiv aufgehoben wurden. Wir werten das als Schritt hin zur Normalisierung der Beziehungen. Seit Oktober 2008 führen wir einen stabilen politischen Dialog mit der EU-Kommission.

Mitte Juni haben die EU-Außenminister die Grundlagen ihrer Kuba-Politik überarbeitet. Ist eine weitere Annäherung zu erwarten?

Es wurde ein Dokument verabschiedet, dessen Tendenz ist, den politischen Dialog mit Kuba beizubehalten und weiterzuentwickeln. Das ist positiv. Gleichzeitig beinhaltet das Dokument immer noch eine starke antikubanische Rhetorik, die sicherlich auch von Schweden, das zum 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernahm, geteilt wird. Stockholm besitzt zwar kein Mandat dafür, die Beziehungen in den nächsten sechs Monaten neu zu definieren, wäre aber durchaus dazu in der Lage, Hindernisse aufzustellen. Erst in einem Jahr steht dann eine erneute Neubestimmung des Verhältnisses der EU zu uns an.

Kuba hat die Beseitigung des einseitigen, sich in die inneren Angelegenheiten einmischenden »Gemeinsamen Standpunktes« der EU gefordert. Dessen Ziele, Grundlagen und Prinzipien sind unannehmbar für uns. Zur selben Zeit haben wir unsere Bereitschaft gezeigt, über eine Rahmenvereinbarung für die Beziehungen zwischen beiden Seiten zu verhandeln, die auf gegenseitigem Respekt und der Nichteinmischung in interne Angelegenheiten der Staaten basiert.

Die internationale Solidarität hat historisch immer eine wichtige Rolle gespielt – diejenige von Kuba mit Freiheitsbewegungen in aller Welt ebenso wie die Solidarität mit dem kubanischen Sozialismus. Wie bewerten Sie die diesbezüglichen europäischen Aktivitäten?

In Europa gibt es mehr als 350 Solidaritätsorganisationen, die äußerst engagiert für Kuba arbeiten. Die Solidarität ist materieller aber auch politischer Natur. Beispielsweise zeigte sich das jüngst bei den Demonstrationen vor US-Botschaften in vielen Ländern für die in den Vereinigten Staaten widerrechtlich inhaftierten Cuban Five. Nachdem deren Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen sie durch den Obersten Gerichtshof der USA abgelehnt worden war, haben wir übrigens Unterstützung von vielen europäischen

Parlamentariern, Nobelpreisträgern sowie Anwälten und Menschenrechtsorganisationen bekommen, auch aus Deutschland.

Die Solidarität insgesamt hat im Kampf gegen die US-Blockade und gegen den »Gemeinsamen Standpunkt« der EU eine wichtige Rolle gespielt. Damit wird Brüssel unter Druck gesetzt, seine Position zu Kuba endlich zu normalisieren.